

Jänner 1985

Gewaltfreier Widerstand

Nr. 1/85 + 10. Jahrgang * Preis: 20.-ö.S. * Jahresabo: 100.-ö.S.



HAINBURG • JESIONEK • DRESDEN
VOLKSBEGEHREN GEGEN ABFANGJÄGER

INHALT

Hainburger Widerstand	3	Aspekte des gewaltfreien Widerstandes in der Stophenreuther Au
Ziviler Ungehorsam und Demokratie	10	Ist Ziviler Ungehorsam ein Mittel für oder gegen mehr Demokratie?
"Wie soll ich Gewissen prüfen?"	13	Gespräch mit Jugendgerichtshofpräsident Dr.Udo Jesionek
Volksbegehren gegen Abfangjäger	16	Der Text * Die Begründung * Die Organisation
Inland	18	Kurzmeldungen
Verbunkerbares Österreich	20	Am 30.Jänner findet eine Zivilschutz-Enquete im Parlament statt
Aktion Donnerschlag	22	Vor 40 Jahren wurde Dresden zerstört
Besetzung	24	Aktueller 3.Teil aus der Serie "Spezialprobleme der Sozialen Verteidigung" von Wolfgang Koch
Ausland	27	Kurzmeldungen
Schmunzeln für den Frieden	28	Buchbesprechung
Leserbriefe	29	Reaktionen von den Lesern
"vorletzte Seite"	30	Abo * Mitglieder * Spenden * Friedenssteuer * Material
Termine	31	viele

EDITORIAL

Geschafft! Die Nummer 1/85 erscheint termingerecht am 10.1.1985. Damit beginnt ein neues - das 10. - Erscheinungsjahr. Mit neuem Konzept, neuem Textverarbeitungssystem, neuem Lay out und hoffentlich vielen neuen Lesern.

Die Produktion dieser Nummer hat uns viel Energie gekostet. Als Hainburg aktuell war, war die ganze Redaktion in der Au. Nicht um zu berichten, sondern um sich am Widerstand zu beteiligen. Der letztlich ausgerufene Weihnachtsfriede galt nicht für uns, denn nun ging es ans Artikelschreiben. Schließlich kam noch das neue Textverarbeitungssystem auf uns zu. Nun sind wir bildschirm-geübt, die Zeitung ist fertig und wir auch.

Hauptthema dieser Nummer ist der "zivile Ungehorsam". In Österreich seit Hainburg in aller Munde; in der Geschichte der Wehrdienstverweigerung ein wichtiges Element des

gewaltfreien Widerstandes. Mit Beginn des Grund"wehr"anges für Zivildienstler ab 1.2.85 auch wieder ein aktuelles Thema für Antimilitaristen.

Am Mittelblatt findet Ihr den Text und Anmerkungen zu einem "Volksbegehren gegen Abfangjäger". Ziel des Begehrens: Eine Volksabstimmung über den Ankauf derselben.

Schließlich ein Vorblick auf die "Zivilschutz-enquete" am 30.1.85 und ein historischer Rückblick auf die mutwillige Zerstörung Dresdens am Ende des 2. Weltkrieges.

Der GW ist damit auch dicker geworden. 32 Seiten aktuelle Information und Diskussion. Er ist aber auch teurer geworden:

Für Mitglieder der Arge f.Zivildienst ist er weiterhin gratis.

Wir suchen weiterhin Mitarbeiter/innen. Vor allen Produktion und Vertrieb sind personell im Argen. Wir laden alle Interessenten/innen zu unseren Redaktionssitzungen ein.

Redaktionssitzung: Mo. 18.00
1010, Schotteng. 3a/1/4/59

öffentliche Diskussion zur Nr.1/85
- Mo. 21.1.85 - 18.00 ebendort

Mo. 25.2.85. Redaktionsschluß
2/85. (erscheint am 14.3.85)

Einzelpreis: 20:-
ABO/ Jahr: 100:-

Bitte zahlt Euren Mitgliedsbeitrag und Euer Abo möglichst bald. Wir brauchen dringend Geld! Unser Konto: BAWG 10010-670-573 Danke

HAINBURGER



Seit Montag, 10. Dezember 1984 findet in der Stopfenreuther Au nahe Hainburg die bislang größte Aktion "zivilen Ungehorsams" in der Geschichte der 2. Republik statt. Umweltschützer haben die Au besetzt um die Rodung von 682 Hektar Auwald zu verhindern. Sie fordern einen Aufschub bis einerseits die Höchstgerichte über die Genehmigungsbescheide geurteilt haben und andererseits das Volksbegehren im Parlament behandelt wurde. Sie leisten der Gendarmerie und Polizei gewaltfreien Widerstand. Trotzdem kam es zu brutalen Polizeieinsätzen.

Diese Fakten sind aus den bürgerlichen Medien weitgehend bekannt. Wir verzichten darauf auf sie näher einzugehen und konzentrieren uns auf die Diskussion von einigen Aspekten des gewaltfreien Widerstandes.

Aufregung in der "Arge für Zivildienst". Da unten in der Au beginnt eine Art Gewaltfreier Widerstand und wir sind nicht mit dabei. Wir diskutieren, schmieden Pläne, telephonieren - leicht euphorisch. Lagerzeitung, Trainings für Gewaltfreie Aktion, etc.. Wir wollen mit dabei sein und etwas "Wichtiges" beitragen.

Diese Stimmung stimmt mich nachdenklich. Sie erinnert mich an die Berichte von Hermann Hesse über die Begeisterung, mit der die Leute in den 1. Weltkrieg zogen.

Euphorie und Nachdenklichkeit verfolgen mich noch länger. Überall begegnet mir diese Aufregung - in den Lagern meist in Form von Gerüchten über den nahe bevorstehenden Polizeieinsatz und angespanntem Warten. In der Zentrale in Stopfenreuth bei den Diskussionen fordern einige in charismatischer Übersteigerung,

WIDERSTAND



Samstag 8. Dezember

Auf der "Brücklwiese" findet eine Großkundgebung von etwa 8000 Menschen statt. Viel internationale Presse ist anwesend. Es wird aufgerufen ab Sonntag in die Au zu kommen und den Rodungsarbeiten gewaltfrei Widerstand zu leisten. Einige bleiben gleich da.

Sonntag 9. Dezember

Mit Schlafsack und Zelten ziehen die Besetzer in die Au. Viele bleiben über Nacht.

Montag 10. Dezember

Die Rodungsarbeiten sollen beginnen. In der Morgendämmerung kommen Gendarmerie und Arbeiter. Die Au ist zur "Baustelle" erklärt, der weitere Aufenthalt ist strafbar. Die Besetzer blockieren durch "sit ins" die Einfahrt der Baufahrzeuge. Immer wieder kommt es zu handgreiflichen Polizeieinsätzen mit einigen Verletzten und drei Festnahmen. Nur wenige Baufahrzeuge gelangen ins Rodungsgebiet. Einige Bäume werden symbolisch gefällt. Aus Wien kommen laufend neue Besetzer.

Dienstag 11. Dezember

Neuerlicher Gendarmieraufmarsch ins Rodungsgebiet. Dieser kommt ins Stocken, es kommt zu einer Pattstellung zwischen den Beamten und über tausend Demonstranten. Nach dem Ministerrat kündigt die Regierung Gespräche mit den Vertretern des Volksbegehrens an. In Wien wird ein Vorlesungstreik organisiert und ein Buspendelverkehr zwischen Universität und Au eingerichtet.

Mittwoch 12. Dezember

Die Sonne kommt raus. Es herrscht gespannte Ruhe. Viele kommen Sightseeing. In den Lagern beginnt der Bau der Hütten und Zelte. Abends kommt es bei einer Wachablöse der Gendarmerie zu einem Zwischenfall. Eine 70jährige Dame wird von Gendarmen verletzt. Um Mitternacht kommt die Meldung von den Verhandlungen: Bis Sonntag 24.00 gibt es keine Rodungen und keine Räumung.

Donnerstag 13. Dezember bis

Sonntag 16. Dezember

Immer mehr Leute leben in den Lagern. Die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln wird von der Exekutive zeitweise blockiert. Von der Bevölkerung kommt viel Solidarität. Lebensmittel und Sachspenden. Die ersten Nummern der "Au Zeitung" entstehen. "Gewaltfreie Train-

daß "man jetzt die Regierung zwingen müsse, die Konfrontation zu einem Höhepunkt zu eskalieren", "jetzt oder nie", "diese Chance haben wir nie wieder", oder "wenn wir wollen, kommen auch 10.000 in die Au"...etc.

Das einzige strategische Konzept, das ich hier erkennen kann ist: die Massen müssen in die Au. Wenn genug Leute da sind, wird schon nichts passieren. Der Rest wird improvisiert und die Beschäftigung mit Barrikadenbau und Versorgungsproblemen überdeckt die allgemeine Unsicherheit und Planlosigkeit.

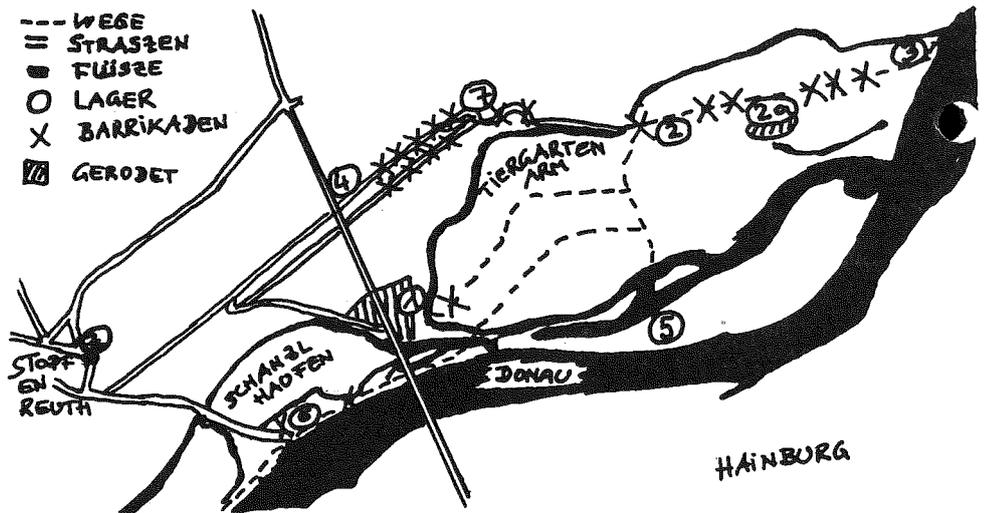
• • •

Gewaltfreie Guerilla?

Spannocchi müßte seine Freude haben. Die Au-Besetzer üben - allerdings gewaltfrei - das staatliche Raumverteidigungskonzept: Auf der einen Seite die Besetzer, die Exekutive, die sich, mit wenigen Ausnahmen, im Gelände kaum auskennt. Auf der anderen Seite die Umweltschützer die nach wenigen Tagen in der Au alle Schleichwege und Verstecke kennen. Unterstützt von der örtlichen Bevölkerung bewegen sie sich wie Maos "Fische im

mancher Strategiebesprechung Reserveoffiziere durch entsprechenden Sprachschatz und durch einschlägiges Fachwissen, doch in der konkreten Umsetzung bleibt alles eher chaotisch-gewaltfrei und dem Instinkt der Besetzer überlassen. Es gibt keine zentrale Leitung. Von "militärischer Planung" kann keine Rede sein.

Das grundlegende Problem für Exekutive und Au-Retter ist die Größe der Au. Die Polizei kann das Gebiet nie ernstlich abriegeln. Die Umweltschützer können nie das ganze Gelände besetzt halten. Daher wurden an strategisch wichtigen Punkten Lagerplätze eingerichtet. Die Grundidee: Die Zufahrtswege sollen blockiert werden. Die ersten drei Lager entstanden den drei einzigen Übergängen über den Tiergartenarm. Sie sollen ein Vordringen der Baufahrzeuge in den Kern des Rodungsgebietes verhindern. Lager 4 und Lager 7 sind Vorposten an den Einfahrten in die Au. Lager 5 sichert das Donauufer. Und Lager 6 soll verhindern, daß am Schanzlhaufen zu roden begonnen wird. Zahlreiche Barrikaden, teils mit prominenten Namen wie etwa "Karl Renner Barrikade", blockieren die Zufahrtstraßen für die Baufahrzeuge.



Wasser". Wenn die Exekutive ein Gebiet abriegelt, sind die Besetzer bald im Rücken der Polizeiketten. Guerilla in der Au?

Blecha dürfte daran gedacht haben, als er von "militärischer Planung" sprach. Aus der Nähe ist es wohl eher "Räuber und Gendarm" als "militärische Planung". Zwar glänzen in so

Die Weitläufigkeit der Au ermöglicht es der Exekutive trotzdem immer wieder, zunächst relativ unbehindert ein kleines Gebiet abzusperren und dort Rodungen zu ermöglichen. Die Umweltschützer kommen erst, wenn bereits ein Polizeikordon aufgebaut ist. Als einige versuchten, diesen Kordon zu

durchlaufen, sprach Blecha von "aktivem Widerstand" und meinte: Nun wenden sie Gewalt an. Für die Besetzer bedeutet das Grundprinzip "Gewaltfreiheit" soviel wie der englische Begriff "non violent" - wörtlich übersetzt "nicht verletzend". Trickreiches Vorbeilaufen an Polizisten ist in diesem Sinne zwar für den Polizeiminister ärgerlich, doch sicherlich keine Gewaltanwendung.

Doch es spalten sich dadurch die Auseinandersetzungen immer wieder in viele kleine Reibereien auf. Es gibt nicht die Situation von Gorleben, wo sich einige tausend Menschen hinstellten und von der Polizei räumen ließen. Wenn die Polizei hier vordringt, dann ist das ein früher Vormarsch von Barrikade zu Barrikade, von Sitzblockade zu Sitzblockade.

Dadurch entsteht der Eindruck als wäre dies ein Guerilla-Kampf um die Au. Doch auch in den vielen kleinen Auseinandersetzungen handeln die Besetzer gewaltfrei. Versuchen mit den Beamten zu reden, sie zu beruhigen. Immer wieder wird klargestellt: "Weder die Exekutivbeamten noch die Holzfäller sind unsere Feinde! Wir wollen keine Schlacht mit der Exekutive!"

Das Spitzelwesen

Nach wenigen Tagen war ich paranoid. Ständig neue Leute in der Zentrale. Leute, die keiner kannte und die plötzlich mitentschieden. Leute, die sehr rasch nach Namen fragten oder nach Schleichwegen in die Au. Leute, die das gewachsene Chaos geschickt verstärkten. Funkgespräche, die uns verwirrten. Und jede Menge Grüchte.

Begünstigt wurde diese Situation durch die völlige Offenheit. Jeder konnte kommen und sich beteiligen, mitreden, ja sogar mitentscheiden. Diese Offenheit kann eine Stärke der "gewaltfreien Aktion" sein. Ermöglicht erst basisdemokratische Diskussionen und Entscheidungen. Ist aber auch anfällig gegen Interventionen von seiten der Staatspolizei

Mir fehlten Bezugsgruppen. Gruppen von Leuten, denen ich vertrauen kann. In eine solche Gruppe Neue zu integrieren ist leichter und sicherer. Spitzel werden mit viel mehr kritischen Fragen konfrontiert, müssen sich auf Gruppenprozesse einlassen. Es ist ihnen nicht so leicht, Entscheidungen zu beeinflussen. Aber auch die "Spitzel-Paranoia" kann in der Bezugsgruppe besser geheilt werden.

ings" finden statt. Weiterer Zuzug von Besetzern. Diese werden über Schleichwege in die Au gelotst. Die Verhandlungen platzen ergebnislos. Die Regierung gibt nicht nach.

Montag 17.Dezember

Früh morgens riegelt die Gendarmerie ein peripheres Stück Wald ab, und die Holzfäller beginnen zu roden. Die Au-Retter können jedoch den Stacheldraht und den Polizeikordon durchbrechen und die Rodungsarbeiten müssen gestoppt werden. Betriebsräte versammeln sich in Hainburg und hetzen gegen die Au-Besetzer. Sie drohen mit einer gewaltsamen Räumung durch "organisierte" Arbeiter.

Dienstag 18.Dezember

Ruhe vor dem Sturm. Die Großdemonstration der Arbeiter wird abgeblasen.

Mittwoch 19.Dezember

Dieser wird zum "schwarzen" Mittwoch". Es gibt einen massiven Polizeieinsatz mit der Alarmabteilung aus Wien, mit Helmen, Schlagstöcken, Hunden, Wasserspritze. Die Polizisten prügeln wahllos auf wehrlose Menschen ein. Es gibt dutzende Verletzte und etwa 50 Festnahmen. Journalisten werden an der Berichterstattung behindert. Die Demonstranten bleiben gewaltfrei. Abends demonstrieren in Wien 40.000 Menschen. Die SP-Parteizentrale in Tirol wird vorübergehend besetzt.

Donnerstag 20.Dezember

Ruhe in der Au. Medien berichten ausführlich über den brutalen Polizeieinsatz des Vortages. Solidaritätsaktionen in den Bundesländern laufen an.

Freitag 21.Dezember

Ein neuerlicher Polizeieinsatz wird befürchtet. Über Telefonketten werden etwa 4000 Menschen alarmiert. In Wien haben viele Lokale geschlossen. "Wir sind in der AU." Es kommt zu keinem Polizeieinsatz. Statt dessen verkündet Sinowatz einen "Weihnachtsfrieden" bis 3.Jänner 1985. Dann sollen "politische" Entscheidungen fallen.

Weihnachten

Viele fahren heim, um sich zu erholen. Doch für alle steht fest: Wir kommen wieder. Die Verbliebenen feiern Weihnachten in der Au.



Führer - Prominente - Basisdemokratie

Die Besetzung ist in dieser Dimension weder vorhergesehen noch geübt worden. Die Leute kamen spontan in die Au. Gemeinsamer Ansatzpunkt: Wir retten die Au. Daher leisten wir den Rodungsarbeiten gewaltfreien Widerstand. Aber es gab keinerlei Strukturen für gemeinsame Entscheidungsfindung. Eher das Konzept: Wenige machen die Strategie und geben Weisungen aus; andere führen aus und lassen sich "anleiten". Wer Funkgerät oder Megaphon eroberte war automatisch Autorität. Dazu noch die Prominenten und "Medien-Tiger" des Proponentenkomitees für das Volksbegehren. In der Au wurde besetzt und gefroren - in Wien wurde verhandelt. Eine Rückkopplung gab es kaum und wenn, dann erst hinterher. Eines war der Verhandlungsdelegation allerdings recht bald klar: Einen Abzug der Besetzer konnten sie über deren Köpfe hinweg nicht versprechen.

Erster Schritt zur Veränderung waren die Vollversammlungen in den einzelnen Camps. Dort wurde begonnen das gemeinsame Vorgehen zu diskutieren und festzulegen. Die Camps waren darin weitgehend autonom. Blieb das Problem der Koordination untereinander bzw. mit der Zentrale.

Die Zentrale, später als Zeichen neuer Entscheidungsstrukturen auch zum "Versorgungslager" umbenannt, funktionierte anfangs nach dem Prinzip: Jeder macht alles. Strategie, Pressearbeit, Versorgung, Funk, Telefon, Polizeikontakte... Wer gerade im Zimmer war, konnte mitreden und mitentschei-



den. Die Folge: völlige Überlastung, chaotische Entscheidungen. Bis es einigen altgedienten Mitarbeitern zu bunt wurde und sie auch hier Vollversammlungen durchsetzten. Langsam lernten auch "Führungspersönlichkeiten" mit diesen Strukturen umzugehen.

Von einem "Bezugsgruppen-Sprecherrat-Modell", wie wir es aus anderen gewaltfreien Aktionen kennen, blieb diese Besetzung zunächst weit entfernt. Es gab - auch bedingt durch den ständigen Wechsel der Besetzer - kaum Bezugsgruppen. Eine Bezugsgruppe ist eine Gruppe von Menschen, die einander gut kennen und vertrauen und die während der Aktionen zusammenbleiben. Diese Bezugsgruppen senden jeweils einen oder zwei Sprecher in den Sprecherrat. Dieser koordiniert die Vorschläge aus den Gruppen. Es wird

nicht entschieden, bevor die Bezugsgruppen über die anstehenden Probleme beraten haben. Ziel ist, daß über das weitere Vorgehen ein "Konsens" erreicht wird. "Konsens" bedeutet nicht unbedingt ungeteilte Zustimmung. Doch alle müssen das Ergebnis mittragen können. In Prinzipienfragen haben die Bezugsgruppen ein Vetorecht. Dieses Modell läßt sich aber während einer Aktion kaum neu entwickeln. Das gehört eigentlich in die Vorbereitung solcher Aktionen.

Immerhin entwickelte sich in Hainburg letztlich folgendes System: Jedes Lager sowie die Zentrale und auch das Büro in Wien wählen auf Vollversammlungen Delegierte. Diese treffen einander im Delegiertenrat, um das gemeinsame Vorgehen zu besprechen und abzustimmen.

• • •





Training in Gewaltfreier Aktion

Trainings für Gewaltfreie Aktion hat es in Österreich bisher kaum gegeben. Solche Aktionsformen haben bei uns kaum eine Tradition. Erfahrungen mit einer derart breiten Kampagne zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Widerstandes hat hier noch niemand.

Ich veranstaltete am Sonntag im Lager 6 zwei 1 1/2 stündige Trainings für jene, die gerade frisch ankamen. Die Trainings fanden unter realistischen Bedingungen statt: auf einer verschneiten Wiese bei Temperaturen um den Gefrierpunkt.

In Rollenspielen übten wir Selbstschutzmaßnahmen gegen Gummiknüppel - Kopf einziehen, in Schutzstellung gehen, sich auf einen, der geschlagen wird drauflegen, einen Provokateur einkreisen, etc. Nach den Rollenspielen versuche ich die auf mich einstürmenden rechtlichen Fragen über Verhaftung, Verhöre, Strafausmaß etc. zu beantworten.

Das ständige laute Reden strengt mich an. Die niedrigen Temperaturen verhindern, daß man ruhig stehen bleiben und konzentriert arbeiten kann. Nach dem zweiten Training bin ich schon ziemlich erschöpft. Ich merke, daß die Arbeit zur Sisyphus-Arbeit wird. An meinen beiden Trainings haben 80 bis 100 Leute teilgenommen, ebenso viele werden bei den Trainings in den anderen Lagern teilgenommen haben. Das sind dann vielleicht 10% der Au-Besetzer, die an diesem Tag unten waren. Doch von diesen fahren am nächsten Tag schon wieder viele heim und andere kommen in die Au. Und auch ich muß morgen schon wieder nach Wien zurück.

• • •

Grenzen kommen in Bewegung

Die Au-Retter sind ein bunter Haufen. Und genau das ist ihre Stärke. Menschen aller Altersstufen und Gesellschaftsschichten. Lederjacken und Lodenmäntel. Politszene und höhere Söhne und Töchter. Durchaus nicht nur



Studenten. Viele haben sich extra freinehmen, müssen um hier sein zu können. Aus den Bundesländern kommen ganze Autobusse. Gerade diese "Mischung" ist brisant.

Ich traf Leute, denen ich in einem Wiener Kaffeehaus kaum positive Worte über "gewaltfreien Widerstand" zugetraut hätte. Hier sind sie bereit, ihn selbst zu leisten. Trotz großer Inhomogenität der Besetzer herrscht große Entschlossenheit. Nach den ersten Polizeiaktionen wurden es immer mehr und nicht weniger. Selbst nach dem brutalen Vorgehen am "schwarzen Mittwoch" kamen Donnerstag Nacht nochmals Tausende, um sich einer gerüchteweisen Räumung am Freitag zu widersetzen. Innerhalb weniger Stunden waren in Wien 40.000

Menschen zu einer Demonstration zusammengekommen. Obwohl es kaum Plakate gab. Durch Weitersagen.

Die Besetzer werden durch die örtliche Bevölkerung tatkräftig

unterstützt. Lernen von Bauern die Schleichwege in die Au kennen. Ständig kommen Lebensmittel und Kleiderspenden in die Zentrale nach Stopfenreuth. Die Bauern der Umgebung bringen jede Menge Stroh und fahren mit ihren Traktoren zu Solidaritätsdemonstrationen. Vom Hainburger Krankenhaus kommen Medikamente und ärztliche Betreuung. Aus dem Lorenz Böhler Krankenhaus in Wien kommen 8 Ärzte und Ärztinnen um verletzten Besetzern zu helfen.

Der Kontakt zu den Gendarmen-erlebeamteten ist sehr gut. Es entwickeln sich immer wieder Gespräche zwischen Au-Retterern und Beamten. Diese sind dem Kraftwerksprojekt gegenüber auch durchaus skeptisch eingestellt. Sie wollen nicht gegen die Besetzer eingesetzt werden. Kommt der Befehl, dann befolgen sie ihn doch. Aber auch sie sind über die Brutalität der wiener Alarmabteilung empört.

Da sind breite Teile der Bevölkerung in Bewegung gekommen.

Der zivile Ungehorsam hat eine Dimension erreicht, daß er mit Polizeigewalt kaum zu brechen ist. Ein Lichtblick im sonst so untertänigen Österreich.

• • •

"Grünes Zimmer an Zentrale"

Funksprüche schwirren durch die Luft. Aber immer, wenn es ernst wird, werden die Funkgeräte der Besetzer gestört. Trotzdem lassen einige Technik-Freaks es sich nicht nehmen, immer neue Funkzentralen und Funknetze einzurichten. Aber von 15 Funkgeräten sind binnen kürzester Zeit fast alle kaputt. Zuviel Technik - daher wird ein Botendienst eingerichtet.



Die Extremisten



Polizeiminister Blecha: "Mir liegen Berichte aus Hessen vor: Die gleichen Barrikaden, die gleichen Organisationen, die gleichen Gräben, die gleichen Übermittlungssysteme."

Besetzer: "Uns liegen Berichte aus Hessen vor: Die gleichen Visierhelme, die gleichen Schlagstöcke, die gleichen Hundestaffeln, die gleichen Funkgeräte, das gleiche brutale Vorgehen."

Das erste Zitat ist leider echt. Das zweite ist erfunden. Natürlich gleichen sich Situationen. Egal wo ein Bauplatz besetzt wird, es werden oft ähnliche Mechanismen ablaufen. Äste zu Barrikaden zu schieben, braucht man sich wahrlich nicht in Hessen anschauen. Auch Gruben graben lernt man in Österreich, zum Beispiel beim Bundesheer. Und CB-Funk ist international. Es gibt in Hainburg keine ausländischen Hintermänner, die etwa alles steuern. Der Widerstand ist "hausgemacht".

Aber es gibt Extremisten. Etwa ein Dutzend Neo-Nazis haben sich unter die Besetzer gemischt. Spät nachts im VW-Bus angekommen, lösen sie zunächst Panik aus. Wie soll man mit ihnen umgehen? Klar ist: Sie sind keinesfalls Verbündete! In einer Presseaussendung distanzieren sich die Besetzer von den Nazis. Man will sie isolieren. "Gewaltfrei" entfernen kann man sie nicht. Gottfried Küssel, verurteilter Neo-Nazi-Chef, am Lagerfeuer. Viele junge Besetzer kennen ihn nicht, lassen sich auf Gespräche ein. Die Integrationsmasche läuft also doch? Andererseits gibt es ständig

Leute, die diese Gruppe Nazis im Aug behalten und bereit sind, sie im Fall von Provokationen zu isolieren. Sie sind und bleiben eine Randerscheinung. Trotzdem: Wohl ist mir nicht dabei.

• • •

Alles ist verkehrt

Die Kronenzeitung, jahrelang bemüht hinter jeder Demonstration ausländische Extremisten zu entdecken, ist "Zentralorgan" der AU-Retter. Schreibt über das Recht auf Widerstand. Geißelt Polizeieinsätze gegen wehrlose Demonstranten.

Die Arbeiterzeitung, immerhin Zentralorgan einer "sozialistischen" Partei, schafft es, von der Prügelorgie am Mittwoch zu berichten, ohne ein einziges Foto von prügelnden Polizisten aufzutreiben. Statt dessen die Schlagzeile: Blecha: Kräfte, die die Demokratie destabilisieren wollen! und Manfred Scheuch ist froh, daß diese Regierung sich nicht dafür hergibt, das "Gesetz dem Unrecht noch die Ordnung der



Anarchie weichen zu lassen". Vergessen ist die Zeit, wo die sozialistische Arbeiterbewegung mittels Aktionen des zivilen Ungehorsams wesentliche Rechte - etwa das Streikrecht - erkämpft hat. Heute sind sie an der Regierung, und immer wenn das Volk anderer Meinung ist - wir haben das in der Frage der Abfangjäger erlebt und erleben es jetzt bei Hainburg wieder - sehen diese Leute gleich den ganzen Staat bedroht. Erstaunlich wenig Fähigkeit, demokratische Kritik zu ertragen bzw. Politik zu machen. Schade.

Ihr Süppchen kochen...



ÖVP Politiker zeigen sich in der Au. Versichern Unterstützung. Können sie ja leicht. Hat doch ihr Parlamentsklub erst vor kurzem beschlossen: Auch die ÖVP ist für den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg. Der Bau scheint fix. Jetzt kann man Punkte holen gegen die SP-Regierung. Die SPÖ setzt auf Polizeigewalt. Mock gefällt sich als "Friedensengel" und präsentiert einen Friedensplan. Bauaufschub! Als ob ihm diese Idee nicht schon früher hätte kommen können. Für einige ist die Auseinandersetzung um Hainburg ein Hebel zum Sturz der Regierung. Mit weiteren Prügeleinsätzen schafft diese es vielleicht sogar selbst.

• • •

Der "schwarze Mittwoch"

Augenzeugen berichten:

"Wir sind auf eine Kreuzung gekommen, da sind Polizisten gestanden mit Visierhelmen und Schlagstöcken. Ein Reporter hat die drei fotografiert und da ist einer der drei auf ihn hingestürzt und hat ihn zu Boden geschleudert. Und mit dem Gummiknüppel niedergeprügelt. Auf den liegenden Mann, der hat überhaupt nichts getan."



"Wir wollten drehen (Fernsehen) und man hat uns behindert. Wir durften kein Licht aufdrehen. Ich wurde mit dem Knüppel geschlagen. Es wurden Beschimpfungen ausgestoßen von "Arschlöcher" angefangen bis "Mafia". Und dann ist noch ein Polizist mit Hund auf mich losgegangen. Hat mir die Handleuchte aus der Hand gerissen und auf den Boden geschmissen und sie zertrampelt."

"Aus dem Polizeikordon hat einer zwei Demonstranten mit einem Feuerwehrschauch angespritzt - von oben bis unten. Und das obwohl kein Grund vorlag."

Peter Kolba Günter Ogris

DER "SCHWARZE" MITTWOCH

"Mädchen wurden ziemlich brutal zusammengeschlagen. Nach der dritten Räumungsaufforderung ist ein richtiger Schlägertrupp (Stahlhelm, Gummiknüppel) losgezogen. Die haben ein Mädchen hinausgezerrt, einer hat auf sie eingeschlagen, zwei andere haben sie gehalten und sie systematisch von oben bis unten brutal niedergeschlagen. Dann haben sie das Mädchen fallengelassen. Sie ist liegengelassen."

Ich komme gerade aus dem Lager 4. Da sieht es seit einer Viertelstunde katastrophal aus. Zuerst sah es so aus, als würden die Polizisten wegziehen. Ganz plötzlich ein massiver Angriff. Mit Polizisten mit Schlagstöcken und Helmen. Und auch mit Hunden. Sind auf uns losgegangen und haben uns zusammengetrieben wie Schafe. Sie haben uns die Böschung hinuntergetrieben. Geschlagen wurde. Das Funkgerät wurde uns abgenommen. Es schaut im Moment sehr arg aus. Der Hubschrauber fliegt die ganze Zeit im Tiefflug über uns."

"Es war eine Brutalität, die ich zum ersten Mal in Österreich gesehen habe. Die mir völlig unvorstellbar war. Es ist da offenkundig ein "Wolfsrudel" reingehetzt worden. Leute wurden zusammengedroschen vor meinen Augen...."



Polizeiminister Blecha:
In der Au geschähe niemanden etwas, solange nicht die Beamten tötlich angegriffen würden. Wenn Journalisten von der Exekutive abgehalten werden, bedeute dies keine Einschränkung ihrer Berufsfreiheit, sondern diene ihrer Sicherheit. (AZ 20.12.84)



Seit Montag, 10. Dezember 1984 soll in der Stopfenreuther Au nahe Hainburg gerodet werden. Das Betreten des zur "Baustelle" erklärten Auwaldes ist per Verordnung verboten und mit einer Geldstrafe bis zu 3000 Schilling oder 14 Tagen Arrest bedroht. Trotzdem halten sich täglich bis zu 4000 Menschen und mehr in diesem "Sperrgebiet" auf, haben Zelte und Hütten errichtet und blockieren trotz massiver Polizeieinsätze die Rodungsarbeiten. Sie übertreten wissentlich die genannte Verordnung, die es ihnen verbietet sich dort aufzuhalten. Sie begründen ihre Besetzung damit, daß der Baubescheid von Landesrat Brezovsky rechtswidrig sei und fordern einen Bauaufschub bis zur Entscheidung der Höchstgerichte bzw. bis zur Behandlung des Volksbegehrens im Parlament. Würde jetzt gerodet, so wäre dies nie wieder rückgängig zu machen, egal wie Höchstgerichte und Volk entscheiden.

Seit Montag, 12. Dezember 1984 sieht die Regierung Demokratie und Rechtsstaat in Gefahr. Der Baubescheid sei formal rechtskräftig, daher müsse gerodet werden. Höchstgerichte oder Volksbegehren hätten keine "aufschiebende Wirkung". Die Besetzung sei ein eklatanter Rechtsbruch, gefährde den Rechtsstaat. Die Besetzer seien "Kräfte, die die Demokratie destabilisieren wollen" (Blecha) und würde die Regierung nachgeben, so könne man "diese Republik überhaupt gleich zusperren" (Sinowatz). Die "schweigende Mehrheit", vertreten durch den ÖGB, wird gegen die Minderheit der Au-Retter ausgespielt; diese werden als "Extremisten und Terroristen" verunglimpft.

Österreichs etablierte Politik steht ziemlich fassungslos vor der größten Aktion "zivilen Ungehorsams" in der Geschichte

UND

der 2. Republik. Die damit aktualisierte Fragestellung lautet: Gibt es in einem demokratischen Rechtsstaat ein Recht auf Widerstand? Ist ziviler Ungehorsam ein Mittel der Demokratie oder ein Mittel gegen die Demokratie?

Das Recht auf Widerstand

Die BRD kennt, als Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus, im Artikel 20 des Grundgesetzes ein "Recht auf Widerstand": "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen ein Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." Dieses Widerstandsrecht bezieht sich jedoch nicht auf einzelne ungerechte Gesetze oder Verwaltungsakte, sondern auf den Fall, daß das demokratische Staatswesen als solches - etwa durch einen Staatsstreich - bedroht ist. Dieses Widerstandsrecht ist in der Staatslehre zumindestens theoretisch anerkannt, wenn es auch bei der praktischen Anwendung kaum auf die Zustimmung der jeweils Herrschenden stoßen wird. In jedem anderen Fall, etwa bei ungerechten Gesetzen oder rechtswidrigen Verwaltungsakten, habe sich - so die klassische Staatslehre - die Minderheit, nach Ausschöpfung der rechtsstaatlichen Möglichkeiten, der Mehrheit zu beugen. Diese wird in der repräsentativen Demokratie - so zumindestens die Fiktion - durch die Regierung vertreten. Einzige Chance für die Minderheit ist es, neue Mehrheiten zu erringen und eine ungerechte Regierung abzuwählen.

Ziviler Ungehorsam

Nun gibt es aber fundamentale gesellschaftliche Konflikte (z.B. Kernenergie, Verteidigungspolitik, Umweltpolitik...) wo die Minderheit der Mehrheit, bzw. der Regierung, abspricht,

DEMOKRATIE

über "Richtig" und "Falsch" entscheiden zu können. Entscheidungen etwa, die noch kommende Generationen zu tragen haben werden (Kernenergie, Umweltverschmutzung...) oder solche, die der einzelne vor seinem Gewissen nicht verantworten kann (Kriegsdienstverweigerung). Entscheidungen von einer Tragweite, daß der Einzelne bzw. die Minderheit nach der Entscheidung der Regierung nicht unterordnen kann und will.

In den klassischen Demokratien, vor allem im angelsächsischen Raum, hat sich das Phänomen des zivilen Ungehorsams entwickelt. Menschen übertreten bewußt und als letztmöglichen Akt des Widerstandes ein ungesetzliches Gesetz und nehmen die Bestrafung auf sich. Ihr Ziel ist nicht "Gesetz und Ordnung" überhaupt abzuschaffen, sondern vielmehr der dramatische Appell an die Regierung, eine ungerechte Ordnung zu überdenken bzw. zu ändern. Je mehr Menschen sich an solchen Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligen, desto eher wird eine Regierung eine ungerechte Ordnung ändern müssen oder sie muß zurücktreten. Der Rechtstheoretiker an der Universität Wien Prof. Luf beschreibt den Unterschied zwischen "Widerstand" und "zivilem Ungehorsam" so: "Der zivile Ungehorsam richtet sich nicht gegen die Prinzipien einer staatlichen Ordnung. Er stellt vielmehr in der Weise einer gezielten, verhältnismäßig geringen Rechtsverletzung und in prinzipieller Loyalität gegenüber der politischen Ordnung eine provokative Aufforderung an die politisch Verantwortlichen dar, grundlegende Gerechtigkeitsanforderungen zu beachten. Mit Anarchismus hat das nichts zu tun."

In der "International Encyclopedia of Social Sciences" wird "ziviler" Ungehorsam (=civil disobedience) verstanden als: "1. eine allgemeine Bürger-

pflicht wahrnehmend, 2. nicht-militärisch / gewaltfrei, 3. höflich / zivilisiert, 4. öffentlich (im Unterschied zu privat), 5. am Gemeinwohl orientiert." Daraus spricht die Anerkennung des zivilen Ungehorsams als gelegentliche demokratische Pflicht. Im angelsächsischen Raum ist man sich offensichtlich stärker bewußt, wie unvollkommen und damit fehlerhaft parlamentarische Willensbildungsprozesse ablaufen können. Eigentlich gehört zum idealen Funktionieren einer Demokratie der "mündige Bürger", der in den Parteien und Verbänden an der Sachentscheidung beteiligt wird. In der österreichischen Realität fallen alle wesentlichen Sachentscheidungen im kleinsten Kreis der Sozialpartner und werden dann über Parteien und Verbände gegenüber deren Mitgliedern durchgesetzt. Selbst im Parlament gibt es zu den einzelnen Sachthemen nur wenige "Experten", die anderen Abgeordneten stimmen nach "Parteilinie". Bürgerinitiativen sind da ein wichtiges Korrektiv. Nicht wenige Fehlentscheidungen wären sang- und klanglos beschlossen worden, hätten nicht Initiativgruppen heftig dagegen opponiert. Dabei gibt es eine Palette von legalen Möglichkeiten. Doch als letztes Mittel, zur Verhinderung größeren Schadens, ist auch der zivile Ungehorsam ein wichtiges Korrektiv innerhalb der Demokratie.

"Erst Mensch, dann Untertan"

Aus der Geschichte wissen wir, daß verfassungsgemäß gewählte Regierungen schwere Fehler machen, ja Verbrechen begehen können und daß andererseits der zivile Ungehorsam engagierter Bürger den Gesetzgebungsprozeß konstruktiv anregen kann. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki und die Bombardierung von Dresden am Ende des Zweiten Weltkrieges waren fürchterliche Fehlentscheidungen mehr

oder weniger demokratischer Regierungen. Andererseits sind uns geläufige Rechte, wie etwa das Wahlrecht für Frauen oder das Streikrecht, durch Aktionen des zivilen Ungehorsams erkämpft worden.

Der erste Theoretiker auf dem Gebiet des zivilen Ungehorsams war der Amerikaner Henry David Thoreau, ein leidenschaftlicher Kämpfer gegen Gewalt und Sklaverei. Er verweigerte vier Jahre lang die Steuerzahlungen, um gegen den Krieg gegen Mexiko zu protestieren. In seinem Essay "Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat" schreibt er: "Ich finde, wir sollten erst Menschen sein, und danach Untertanen. Man sollte nicht den Respekt vor dem Gesetz pflegen, sondern vor der Gerechtigkeit."

Tausende Amerikaner beriefen sich in den 60iger Jahren auf Thoreau, als sie gegen die scheinbar legale Diskriminierung der Schwarzen und gegen den verbrecherischen Vietnamkrieg Widerstand leisteten. Heute wird in Kampagnen des zivilen Ungehorsams vor allem die militärische und sogenannte "friedliche" Nutzung der Kernenergie bekämpft. In der BRD führte das massenhafte und öffentliche Bekenntnis von Frauen, daß sie ihre Schwangerschaft unterbrochen und damit gegen das Strafgesetz verstoßen haben, nicht etwa zu einer Anklage, sondern zur Änderung des Strafgesetzes. Die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Wyl durch die badisch-elsäßischen Bürgerinitiativen war vorerst als "Landfriedensbruch" gewertet worden. Später rang sich die Landesregierung zur Einsicht durch, daß dieses Atomkraftwerk zumindestens vorläufig gar nicht gebraucht werde. In Österreich wäre das Zivildienstgesetz kaum denkbar gewesen, wären nicht viele Wehrdienstverweigerer für ihre Überzeugung auch ins Gefängnis gegangen.

Aktionen zivilen Ungehorsams waren also sehr oft Anlaß für gerechtere und fortschrittlichere Gesetze. Oft konnten sie auch dramatisieren, daß eine Regierung für bestimmte Entscheidungen keine Mehrheit hinter sich hatte. So waren etwa die Blockaden der Pershing-Stationierungsorte Ausdruck der mehrheitlichen Ablehnung der NATO-Nachrüstung durch die Bevölkerung der BRD. Auch schweren juristischen Bedenken konnte durch solche Aktionen, etwa beim Boykottaufruf gegen die Volkszählung in der BRD, zum Durchbruch verholfen werden.

Wirkungsweise des zivilen Ungehorsams

Ziviler Ungehorsam kann sowohl durch das Unterlassen von Handlungen, welche gesetzlich vorgeschrieben sind, als auch durch das Eingreifen in das Handeln anderer geleistet werden. Eine typische Unterlassungshandlung wäre der Steuerboykott oder die Totalverweigerung jener Wehrdienstverweigerer, die eine Militarisierung des Zivildienstes ablehnen. Typische Eingriffshandlungen sind die auf das "go in" und "sit in" zurückgehenden Aktionsformen. Also: Bauplatzbesetzungen, Blockade von Zufahrtswegen.... Als konstruktive Eingriffe wären etwa Instandbesetzungen lehrstehender Häuser zu nennen. Diese Aktionen werden oft "direkte Aktion" genannt, weil sie einen abstrakten Konflikt an einem typischen Ort direkt dramatisieren wollen.

Ziel ist das Einwirken auf die öffentliche Meinungsbildung. Die gewaltfreie direkte Aktion dramatisiert den Konfliktgegenstand derart, daß er nicht länger ignoriert werden kann. Die Regierung wird gezwungen sich entweder öffentlich und mit Nachdruck (Polizei) zu einer unpopulären Politik zu bekennen oder diese zu ändern.

Ziviler Ungehorsam soll gewaltfrei oder besser "non violent", wörtlich übersetzt "nicht verletzend", sein. Es wird also keine physische Gewalt gegen andere Personen angewandt. Denn gewaltfreie Aktionen manifestieren keine absoluten Wahrheiten. Sie bleiben, wie auch der Titel von Gandhis Autobiographie, "Experimente mit der Wahrheit". Im Extremfall wird politische Wirkung eher durch eigenes Leid als durch Schädigung anderer erzielt.

Aktionen zivilen Ungehorsams werden oft im voraus öffentlich angekündigt. Das Ziel ist eine gewisse Berechenbarkeit des Vorgehens beider Seiten. Auf taktische Feinheiten oder überraschende Coups kommt es gar nicht so sehr an. Die Botschaft sollte vielmehr sein: Hier leisten Bürger aus der Defensive heraus, zögernd und gezwungenermaßen zivilen Ungehorsam; nur ihr Gewissen bewegt sie, nicht der Ehrgeiz, cleverer zu sein als die Polizei.

Wichtig bei Aktionen zivilen Ungehorsams ist die Entwicklung konstruktiver Alternativen zur bekämpften Sachentscheidung.

Nicht nur ein "Nein" zu einem Kraftwerk, sondern auch Alternativen für die Energieversorgung. Etwa Energiewende -Energiesparen statt Verbrauchswerbung.

Ziviler Ungehorsam und Demokratie

Ziviler Ungehorsam ist also, behutsam ausgeübt, ein Mittel, demokratische Prozesse voranzutreiben. Es handelt sich regelmäßig um eine Verletzung konkreter, geltender Rechtsnormen. Gerade darin besteht ja der Ungehorsam. Diese Regelverletzung wird bewußt begangen und die Strafe wird auf sich genommen, um das ausgeübte Unrecht zu dramatisieren. Eine kluge Regierung tut gut daran, einer so zugespitzten Konflikt politisch, etwa durch eine Volksabstimmung bzw. durch Gesetzesänderungen, zu lösen und nicht durch Polizeigewalt. Wenn man sich für das Funktionieren einer lebendigen Demokratie "mündige Bürger" wünscht, so muß man auch in Kauf nehmen, daß diese sich zu Wort melden. Und bei fundamentalen Konfliktfällen bleibt ziviler Ungehorsam deren letztes Mittel auch gehört zu werden.

Peter Kolba

Literaturhinweise:

Henry David Thoreau - "Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat"
Theodor Ebert - "Ziviler Ungehorsam" (Waldkircher-Verlag)
Hengesbach - "Ziviler Ungehorsam und Demokratie" (Weber-Zucht)

